

# Originalklausur mit Musterlösung

DUDEN

## Abitur Geschichte

**Aufgabe I:** Bismarck-Ära / Nationalsozialismus

**Aufgabe II:** Bundesrepublik / Sozialliberale Koalition, Deutschlandpolitik  
u. a.

In den Aufgabenstellungen werden unterschiedliche **Operatoren** (Arbeitsanweisungen) verwendet; sie weisen auf unterschiedliche **Anforderungsbereiche** (Schwierigkeitsgrade) hin und bedeuten, dass unterschiedlich viele Punkte erzielt werden können. Die Lösungen zeigen beispielhaft, welche Antworten die verschiedenen Operatoren erfordern.

Alles Wissenswerte rund um die Abiprüfung finden Sie im Buch im Kapitel „Prüfungsratgeber und Prüfungsaufgaben“.

Originalklausuren mit Musterlösungen zu weiteren Fächern finden Sie auf [www.duden.de/abitur](http://www.duden.de/abitur) in der Rubrik „SMS Abi“. Das Passwort zum Download befindet sich auf der vorderen Umschlagklappe.

Die Veröffentlichung der Abitur-Prüfungsaufgaben erfolgt mit Genehmigung des zuständigen Kultusministeriums.

## Das Schnell-Merk-System fürs Abi – aufschlagen, nachschlagen, merken

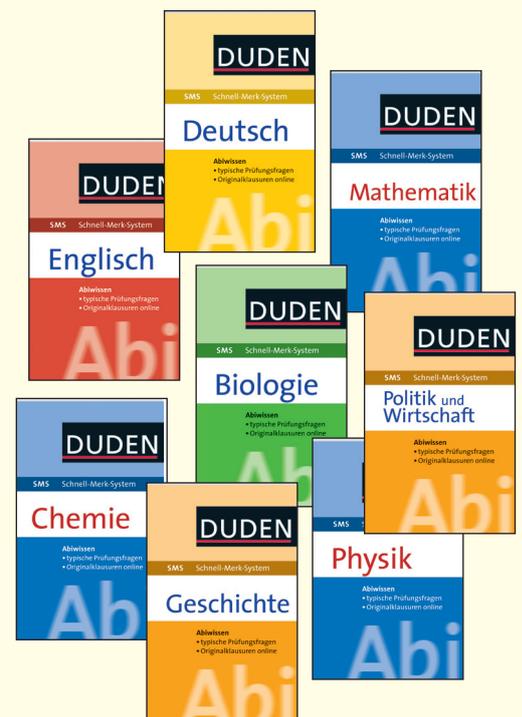
### Buch ...

- Prüfungswissen für Oberstufe und Abitur
- systematisch aufbereitet nach dem SMS-Prinzip
- Extrakapitel mit Prüfungsaufgaben zu allen Unterrichtseinheiten, zu Operatoren und Anforderungsbereichen

### ... und Download

- Originalklausuren mit Musterlösungen als Beispiele für den Umgang mit Operatoren
- kostenlos auf [www.duden.de/abitur](http://www.duden.de/abitur)

Für die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Geschichte, Biologie, Chemie, Physik sowie Politik und Wirtschaft





**Baden-Württemberg**  
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Hinweise für die Abiturientinnen und Abiturienten

---

**Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien**

---

**Haupttermin 2008**

**Prüfungsfach:** Geschichte

**Bearbeitungszeit:** 270 Minuten einschließlich Auswahlzeit

**Hilfsmittel:** Nachschlagewerke zur deutschen Rechtschreibung und Zeichensetzung

**Hinweise:** Sie erhalten **zwei** Aufgaben.

Wählen Sie von den zwei Aufgaben **eine** Aufgabe aus und bearbeiten Sie diese.

Vermerken Sie auf der Reinschrift, welche Aufgabe Sie bearbeitet haben.

Sie sind verpflichtet, die Vollständigkeit der vorgelegten Aufgaben vor Bearbeitungsbeginn (auf Anzahl der Blätter, Anlagen usw.) zu überprüfen.

Lösungen auf den Aufgabenblättern werden **nicht** gewertet.

Rechtschreibung und Zeichensetzung in den Materialien entsprechen den Vorlagen.



**Baden-Württemberg**  
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien

Prüfungsfach: **Geschichte**

**Aufgabe**

Haupttermin 2008

**Blatt 1**

**Aufgaben:**

Höchstzahl der  
erreichbaren  
Verrechnungspunkte

Arbeiten Sie aus M 1 heraus, wie die Bismarck-Ära und ihre Wirkungen bewertet werden.

08 VP

2 **Bearbeiten Sie eine der beiden folgenden Aufgaben:**

Erläutern Sie den in M 1 (Z. 15) angesprochenen Umgang Bismarcks mit politisch Andersdenkenden.

**Oder:**

Erläutern Sie, wie sich die in M 1 angesprochene obrigkeitsstaatliche Mentalität in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft des Kaiserreichs zeigte.

10 VP

3. Arbeiten Sie aus der Rede M 2 heraus, wie sich nach Meinung Hitlers die Verhältnisse in Deutschland seit der Machtergreifung verändert haben.

08 VP

4. Erläutern Sie drei Maßnahmen zwischen 1933 und dem Zeitpunkt der Rede (M 2), auf die sich Hitlers Ausführungen beziehen lassen. Ordnen Sie diese Maßnahmen jeweils Elementen der NS-Ideologie zu.

12 VP

5. Beschreiben Sie die Bild- und Textelemente der Fotomontage vom März 1934 (M 3) und erläutern Sie ihre Aussage.

10 VP

6. Erörtern Sie, ob von einer Kontinuität zwischen Politik und Gesellschaft des Kaiserreichs und des „Dritten Reichs“ gesprochen werden kann.

12 VP

60 VP

**Material 1: Der Historiker und Journalist Volker Ullrich zum Einfluss Bismarcks auf die politische Kultur des Kaiserreichs (1997)**

Hinter dem Mythos vom Eisernen Kanzler verschwand, was seine Außenpolitik seit Mitte der siebziger Jahre ausgezeichnet hatte: der Sinn für Mäßigung und Selbstbeschränkung, geboren aus der Einsicht, daß das Reich in der Mitte Europas nur Bestand haben würde, wenn es sich selbst als saturiert definierte. Statt dessen wurde der  
05 ehemalige Reichskanzler nun zur Kultfigur eines überhitzten Nationalismus [...]. Da half es wenig, daß Bismarck, solange er konnte, solchen Fehldeutungen seines politischen Erbes entgegenzutreten suchte. [...]

Hinter dem ins Mythische überhöhten Bismarck-Bild verschwanden aber auch die schweren Hypothesen, die er seinen Nachfolgern in der Innenpolitik hinterlassen hatte.  
10 Durch seine Neigung, gesellschaftspolitische Konflikte zu dramatisieren und nach dem Freund-Feind-Schema zu polarisieren, trug Bismarck ein gewalttätiges Element in die innere Politik, das die politische Kultur des Kaiserreichs nachhaltig vergiftete. „Wer mit ihm gehe, sei sein Freund, wer wider ihn gehe, sein Feind - bis zur Vernichtung“, so hat er im August 1878, als er die Weichen für die innenpolitische Wende stellte, bekräftigt. [...] Die Ausgrenzung politisch Andersdenkender als Reichsfeinde, die Knebelung  
15 des Parlaments und der Parteien, die reaktionäre Formierung der Beamtenschaft – das waren Belastungen, die sich verhängnisvoll auf die deutsche Politik auswirken sollten. Der Schaden der Bismarck-Epoche, so zog der Althistoriker Theodor Mommsen am Ende seines Lebens Bilanz, sei „unendlich viel größer“ gewesen „als ihr Nutzen“:  
20 „Die Gewinne an Macht waren Werte, die bei dem nächsten Sturme der Weltgeschichte wieder verlorengehen; aber die Knechtung der deutschen Persönlichkeit, des deutschen Geistes, war ein Verhängnis, das nicht mehr gutgemacht werden kann.“

Ganz ähnlich hat sich Max Weber 1917 in einem kritischen Rückblick auf die „Erb-  
schaft Bismarcks“ geäußert. „Er hinterließ eine Nation [...] ohne allen und jeden politi-  
25 schen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.“ In dieser obrigkeitsstaatlichen Fixierung, der ein „völlig machtloses Parlament“ entsprach, sah Weber den „bei weitem schwersten Schaden“ der Bismarck-Zeit.

**Material 2: Aus einer Rede Adolf Hitlers auf der Sitzung des Reichstags  
am 30. Januar 1939**

- Der deutsche Mensch ist heute kein anderer als vor 10, 20 oder 30 Jahren. Die Zahl der Deutschen hat sich seitdem nur unwesentlich vermehrt. Fähigkeiten, Genie, Tatkraft usw. können nicht höher geschätzt werden als in früheren Jahrzehnten. Das einzige, was sich wesentlich geändert hat, ist die bessere Nutzbarmachung dieser Werte
- 05 durch die Art ihrer Organisation und dank der Bildung einer neuen Führungsauslese. Das politisch und gesellschaftlich desorganisierte deutsche Volk früherer Jahrzehnte hat den größten Teil der ihm innewohnenden Kräfte in einem ebenso unfruchtbaren wie unsinnigen gegenseitigen inneren Krieg verbraucht. Die sogenannte demokratische Freiheit des Auslebens der Meinungen und der Instinkte führte nicht zu einer
- 10 Entwicklung oder auch nur Freimachung besonderer Werte oder Kräfte, sondern nur zu ihrer sinnlosen Vergeudung und endlich zur Lähmung jeder noch vorhandenen wirklich schöpferischen Persönlichkeit. Indem der Nationalsozialismus diesem unfruchtbaren Kampf ein Ende bereitete, erlöste er die bis dahin im Innern gebundenen Kräfte und gab sie frei zur Vertretung der nationalen Lebensinteressen im Sinne der Bewälti-
- 15 gung großer Gemeinschaftsaufgaben im Innern des Reiches als auch im Dienste der Sicherung der gemeinsamen Lebensnotwendigkeiten gegenüber unserer Umwelt. Es ist ein Unsinn zu meinen, daß Gehorsam und Disziplin nur für Soldaten nötig wären, im übrigen Leben der Völker aber wenig nützliche Bedeutung besäßen. Im Gegenteil! Die disziplinierte und im Gehorsam erzogene Volksgemeinschaft ist in der Lage,
- 20 Kräfte zu mobilisieren, die einer leichteren Behauptung der Existenz der Völker zunutze kommen und die damit der erfolgreichen Vertretung der Interessen aller dienen. Eine solche Gemeinschaft ist allerdings primär nicht durch den Zwang der Gewalt zu schaffen, sondern nur durch die zwingende Gewalt einer Idee und damit durch die Anstrengungen einer andauernden Erziehung.

**Material 3: Fotomontage von John Heartfield aus der deutschsprachigen Arbeiter-Illustrierten-Zeitung, Prag, 8. März 1934**

Aus urheberrechtlichen Gründen kann die Fotomontage von John Heartfield hier nicht veröffentlicht werden. Sie finden sie im Internet unter dem Link:  
<http://www.universalis.fr/encyclopedie/T902908/PHOTOMONTAGE.htm>  
Der Text unter der Abbildung lautet: Der alte Wahlspruch im „neuen“ Reich: BLUT UND EISEN  
(Zu sehen ist ein Hakenkreuz, gestaltet und montiert aus zusammengebundenen Beilen, von deren Klängen Blut tropft)

Die Unterschrift enthält eine Anspielung auf einen im Kaiserreich populär gewordenen Ausspruch Bismarcks von 1862: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...], sondern durch Eisen und Blut.“



**Baden-Württemberg**  
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien

**Prüfungsfach: Geschichte**

**Aufgabe II**

**Haupttermin 2008**

**Blatt 1**

**Aufgaben:**

Höchstzahl der  
erreichbaren  
Verrechnungspunkte

1. Arbeiten Sie aus dem Vortrag (M 1) heraus, welche Ziele der sozialliberalen Koalition einerseits in der Außen-, andererseits in der Deutschlandpolitik zum Ausdruck kommen. 10 VP
  
2. Ordnen Sie die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel in die internationale Politik seit Beginn der sechziger Jahre ein. 10 VP
  
3. In M 1 wird von der Notwendigkeit gesprochen, „die soziale Gerechtigkeit und den Freiheitsraum des einzelnen [zu] erweitern“ (Z. 3). Überprüfen Sie an zwei Politikbereichen, inwieweit diese beiden Ziele zwischen 1970 und 1974 umgesetzt wurden. 10 VP
  
4. a. Beschreiben Sie Bild- und Textelemente der Karikatur M 2a und erläutern Sie ihre Aussage. 10 VP  
  
b. Vergleichen Sie die Aussage der Karikatur M 2a mit den Ausführungen von Joachim Gauck in M 2b. 08 VP
  
5. Charakterisieren Sie Beispiele für „unangepasstes Verhalten und politische Opposition“ (M 2b, Z. 9) in der Bundesrepublik und der DDR zwischen 1950 und Anfang der 80er Jahre und beurteilen Sie deren Wirkungen. 12 VP

60 VP

**Material 1: Karl Herold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, in einem Vortrag am 18. April 1970**

Auf die Dauer werden wir die Überlegenheit unserer demokratisch verfaßten, pluralistischen Gesellschaftsordnung aber nur dann glaubwürdig und attraktiv machen können, wenn wir die soziale Gerechtigkeit und den Freiheitsraum des einzelnen erweitern. Schon in diesem Sinne muß die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine Regierung der inneren Reformen sein. Zum anderen bedingt die innere Glaubwürdigkeit unserer  
05 Deutschlandpolitik aber auch, daß wir unsere gesellschaftspolitische, ideenmäßige Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus nicht verwischen lassen. [...]

Es ist Bewegung in diese Politik gekommen. Eine Bewegung, die im Interesse des ganzen deutschen Volkes, ja, im Interesse der Entspannung in Europa liegt. Mit all den Mächten,  
10 auf die es dabei neben den Westmächten genauso ankommt, nämlich Moskau, Warschau und Ost-Berlin, sind wir ins direkte Gespräch gekommen. Das ist eine neue Qualität [...].

Entscheidend für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR ist aus unserer Sicht der Dinge, daß wir uns gegenseitig nicht als Ausland betrachten. Im Gegenteil. Beide Staaten haben ihre Verpflichtung zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation. Und weil  
15 wir darüber hinaus beide Staaten als gleichberechtigt verstehen, ist ausgeschlossen, daß die eine oder die andere Seite sich irgendwelche Vormundschaftsrechte anmaßen kann. Das schließt also aus, daß die Bundesrepublik der DDR einen minderen Status zuschreiben kann und will, als sie selbst für sich in Anspruch nimmt. [...]

In unserem Verhältnis zur DDR wollen wir, daß die allgemein anerkannten Prinzipien des  
20 zwischenstaatlichen Rechts, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, der territorialen Integrität und die Verpflichtung der friedlichen Lösung aller Streitfragen gelten. Dazu gehört selbstverständlich die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des anderen nicht gewaltsam ändern zu wollen, und die Respektierung der beiderseitigen Grenzen. Darüber hinaus wollen wir eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit anstreben,  
25 vor allem die Regelung der fachlich-technischen Zusammenarbeit, wobei gemeinsame Erleichterungen in Regierungsvereinbarungen festgelegt werden können.

Unser langfristiges politisches Ziel ist die Überwindung der Konfrontation in Europa, die Regelung eines dauerhaften Friedens, eine Entspannung zwischen Ost und West und eine  
30 größere Dichte der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Interesse der Menschen in Deutschland.

---

**Material 2a:** Karikatur von W. Hicks in der Hamburger Tageszeitung *Die Welt* (1979)

Aus urheberrechtlichen Gründen kann die Karikatur von Wolfgang Hicks hier nicht veröffentlicht werden. Sie finden sie im Internet unter dem Link:  
[http://www.hdg.de/karikatur/view\\_content/j1979-west.html](http://www.hdg.de/karikatur/view_content/j1979-west.html)  
Der Text unter der Abbildung lautet: „Jeder folgt freudig Honeckers Aufruf zum Schmuck der Heimat!“

**Material 2b: Joachim Gauck, bis 1990 Pfarrer in der DDR, schreibt 1998  
rückblickend über die Haltung der DDR-Bürger zu ihrem Staat**

Konnte man sich der staatlichen Allmacht anfänglich noch einfach durch eine Reise mit der S-Bahn nach Westberlin entziehen, so verwandelte der Mauerbau am 13. August 1961 die Flucht zu einer Möglichkeit mit tödlichem Risiko. Ich, wir, die Durchschnittsbürger saßen fest hinter der »Mauer«. Wir fühlten uns endgültig ausgeliefert. In meiner Erinnerung veränderte dieser  
05 verfestigte Zustand von Ohnmacht und Ausweglosigkeit tiefgehend meine und die Einstellung vieler DDR-Bürger zum SED-Regime [...]. Zu offensichtlich war das sozialistische System auf Dauer angelegt. Hilfe von außen, also Beistand des Westens, war ausgeblieben: 1953, 1956 und 1961. So blieb vielen nur die wenig tragfähige Hoffnung, das System möge sich von innen  
10 heraus humanisieren. Eigenständigkeit, unangepaßtes Verhalten und politische Opposition wurden zur Sache von Minderheiten. Die Masse entwickelte Haltungen, die wir als Minimalkonsens und Mindestloyalität bezeichnen können. Der Minimalkonsens entwickelte sich durch ein Eingehen auf die Ratio\* der Herrschenden und eine stärkere Berücksichtigung der Logik des Faktischen. Was stattfand, war eine Selbstentmächtigung durch »höhere Einsicht«. Dabei beglaubigten tradierte Wertvorstellungen Teile der neuen Ideologie. Es erfolgte so etwas wie  
15 ein »Einleben« in die neue gesellschaftliche und ideologische Umgebung in Form eines schleichenden Übergangs vom Akzeptieren zum Mitmachen bis zum Mitverantworten.

\* Ratio = Denkweise

# Musterlösungen für die Prüfungsaufgaben Abitur

Prüfungsfach: Geschichte (Baden-Württemberg 2008)  
Autorin: Krista Düppengießler

---

## Aufgabe I

### 1. Aufgabe

Der Autor unterscheidet in seiner Bewertung zwischen Bismarcks Außen- und Innenpolitik. In ersterer habe er mit dem Sinn für Mäßigung das neu gebildete Deutsche Reich als saturiert definiert. Diese Selbstbeschränkung habe aber der übersteigerte Nationalismus der deutschen Gesellschaft nach Bismarcks Entlassung aufgegeben, so wie er den Eisernen Kanzler gegen dessen Willen zur Kultfigur überhöht habe.

In seine Innenpolitik habe Bismarck mit seiner Dramatisierung von Konflikten und ihrer Polarisierung zu einem Freund-Feind-Schema Gewalttätigkeit in die politische Kultur des Kaiserreichs gebracht. Als Beispiel für diese undemokratische Konfliktaustragung spielt der Autor auf die Bezeichnung z.B. der Sozialdemokraten als „Reichsfeinde“ (Z. 15) an. Zudem aber er mit der „Knebelung des Parlaments und der Parteien“ und der „reaktionäre(n) Formierung der Beamtenschaft“ (Z. 15f) die Nation politisch unmündig gelassen und eine verhängnisvolle obrigkeitliche Erbschaft hinterlassen. In seiner Bilanzierung des gesamten Wirken Bismarcks (Z. 15ff) bezieht sich der Autor explizit auf Theodor Mommsen und Max Weber (Zitate): die problematische innenpolitische Prägung – obrigkeitliche Fixierung und Kompromissunfähigkeit im politischen Interagieren – überwiege den positiven außenpolitischen Machtgewinn bei weitem.

Diese Bilanz lässt die Bedeutung des Gründungs des Nationalstaats für die Zeitgenossen außer Acht.

### 2. Aufgabe

Alternativ: Umgang Bismarcks mit politisch Andersdenkenden:

*Hier kann man den Kulturkampf, den Kampf gegen die Sozialdemokratie, den Umgang mit nationalen Minderheiten (Elsässern, Polen) oder Bismarcks Verhältnis zum Reichstag bzw. den Parteien erläutern. Beispielhaft wird hier der Kulturkampf dargestellt.*

Auf den Siegeszug von Naturwissenschaft und Technik und den religionsfeindlichen Zeitgeist reagierte die katholische Kirche mit Abwehr und Verhärtung. Im „Syllabus errorum“ (1864) verurteilte Papst Pius IX. Liberalismus und Sozialismus, verkündete 1870 das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit bei Entscheidungen ex cathedra und versuchte, die nationalen Kirchen stärker an Rom zu binden (Ultramontanismus). Im Reich grenzten sich die in der

Minderheit befindlichen Katholiken mit der Ausbildung eines eigenen konfessionellen und kulturellen Milieus (Wallfahrten, Pius-Vereine) ab. Beides kollidierte mit dem protestantisch-preußischen bzw. kleindeutschen Staatsverständnis, das eine eigenständige Kirche ablehnte (der politische Katholizismus im 19. Jahrhundert war eher großdeutsch und föderalistisch ausgerichtet). Deshalb ergriff der preußische Kultusminister Adalbert Falk 1871-1887 im Einverständnis mit Bismarck rechtsstaatlich z. T. umstrittene Maßnahmen gegen den Einfluss der katholischen Kirche in der Gesellschaft:

- ❑ 1871 „Kanzelparagraph“: Verbot politischer Predigten
- ❑ 1872 Schulaufsichtsgesetz: Einführung der staatlichen Schulaufsicht (auch an kirchlichen Schulen), Ausschluss von Ordensangehörigen aus dem staatlichen Schuldienst
- ❑ 1872 Verbot der Niederlassung des Jesuitenordens
- ❑ 1873 „Maigesetze“: staatliche Regelung der Ausbildung von Geistlichen, Eingriffe in die kirchliche Disziplinargewalt
- ❑ 1874 Verbannungsgesetz: Ausweisung opponierender Geistlicher
- ❑ 1874/75 obligatorische Einführung der Zivildienst
- ❑ 1875 „Brotkorbgesetz“: Einstellung staatlicher Zuschüsse an die katholische Kirche
- ❑ 1875 Klostersgesetz: Aufhebung von Ordensniederlassungen in Preußen (außer Krankenpflegerischen)

Obwohl in Preußen 1876 fast alle katholischen Bischöfe ausgewiesen oder verhaftet waren und fast ein Viertel der Pfarrerstellen vakant war, stand die katholische Bevölkerung unverbrüchlich zur Amtskirche und konnte das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus, 1873/74 in Preußen und im Reich seine Wählerstimmen verdoppeln. Bismarck sah seine Niederlage ein und ließ ab 1878 die meisten Kampfgesetze aufheben, bis auf das Verbot des Jesuitenordens, die staatliche Schulaufsicht, die Einrichtung der Zivildienst und den „Kanzelparagraphen“. Doch ließ sich die katholische Bevölkerung nur schwer mit dem Reich versöhnen.

Bismarcks Vorgehen im Kulturkampf belegt seinen autoritären und „scharfen“, militanten Politikstil, sein Nachgeben allerdings auch seinen Realitätssinn und seine Pragmatik.

#### Alternativ: obrigkeitliche Mentalität:

Trotz des Anstiegs der sozialen Mobilität infolge der Industrialisierung blieb der adlige Offizier die gesellschaftliche Leitfigur im Kaiserreich. Die Führungselite aus Offizieren, ranghohen Beamten und Adligen (ostelbischen Landjunkern) blieb feudal. Das Bürgertum und selbst die Arbeiterschaft orientierten sich am adeligen Lebensstil und ahmten ihn so gut wie möglich nach (Salon, Dienstboteneingang; bürgerlicher Reserveoffizier, s. den „Hauptmann von Köpenick“; Arbeiterbildungsvereine). Da die ersehnte Einigung militärisch und von oben zustande gekommen war, erfasste die Gesellschaft ein Militarismus, der sich unter Wilhelm II. steigerte. Jedoch nahm die individuelle Leistung neben der Herkunft in der industrialisierten Gesellschaft an Wertschätzung und Chancen zu.

Aus vorindustrieller Zeit überkommen und zur autoritären Regierungsführung passend, milderte ein patriarchalischer Leitungsstil einiger Unternehmer den Wildwuchs der Industrialisierung (Krupp), doch insgesamt blieb das Proletariat ausgegrenzt und grenzte sich selbst in einem Submilieu ab.

Der Gesamteindruck der Gesellschaft des Kaiserreichs ist zwiespältig: Neben einer Demokratisierung (Wahlrecht zum Reichstag) sind die Ausbildung und Vertiefung von Klassengegensätzen und eine obrigkeitstaatliche Prägung zu verzeichnen.

### 3. Aufgabe

In seiner Rede vor dem Reichstag vom 30.1.1939 führt Hitler aus, dass der Nationalsozialismus im Vergleich mit der vorigen demokratischen Epoche die Begabungen des „deutsche(n) Mensch(en)“ (Z.1) durch eine neue Führerauslese besser nutze. Vorher habe das „politisch und gesellschaftlich desorganisierte deutsche Volk“ (Z. 6) seine Kräfte in einem „inneren Krieg“ (Z. 8) vergeudet (vgl. Z. 8-12). Der Diktator zeigt mit diesen Ausführungen offen seine Verachtung der Demokratie.

Dadurch dass der Nationalsozialismus diesen sinnlosen demokratischen Kampf beendet habe, seien die Kräfte des Einzelnen und des Volkes frei für die Sicherung „der natürlichen Lebensinteressen“ (Z. 14) nach innen und außen geworden. Hier kann man die Wendung „Gemeinschaftsaufgaben im Innern“ (Z. 15) ideologisch mit Schlagworten wie „Volksgemeinschaft“ (s. Z. 19) und der Gleichschaltung in Beziehung setzen, die „Sicherung der gemeinsamen Lebensnotwendigkeiten gegenüber unserer Umwelt“ (Z. 16) verweist auf die „Eroberung neuen Lebensraumes“. Der Vulgärsozialdarwinismus klingt auch bei der positiven Bewertung einer in soldatischer Disziplin und Gehorsam erzogenen „Volksgemeinschaft“ durch: Sie könne ihre Kräfte im Existenzkampf der Völker gut mobilisieren (vgl. Z. 17-21). Die Realität des Terrors verschweigend, will Hitler diese Gemeinschaft nicht primär durch Gewalt, sondern „durch die zwingende Gewalt einer Idee“ und eine „ausdauernde(...) Erziehung“ (Z. 22-24) formen. Folglich betont er die Bedeutung von Ideologievermittlung, die in der Tat ein wesentliches Element im NS-Staat war.

### 4. Aufgabe

Die zu erläuternden drei Maßnahmen können sich auf folgende, von Hitler in seiner Rede angesprochenen, Themen beziehen: Führungsauslese, Beseitigung der Weimarer Demokratie, Gehorsam und Disziplin, Erziehung, Volksgemeinschaft, „Gemeinschaftsaufgaben“ nach innen und außen, Existenzkampf der Völker.

Alle spielen mehr oder weniger eine Rolle bei der Errichtung des NS-Staates durch die Aushöhlung der Verfassung der Weimarer Republik. Wichtige Stationen dabei waren.

- 23.3.1933 „Ermächtigungsgesetz“: Übergang der Legislative auf die Exekutive
- April 1933 „Gleichschaltung“ der Exekutive
- 30.1.1934 Aufhebung der Länderparlamente, 14.2.1914 Auflösung des Reichsrats: Beseitigung der föderativen Struktur des Reiches
- bis Juli 1933 Errichtung eines Ein-Parteien-Staates, die NSDAP wird Staatspartei (1.12.1933)
- 3.7.1934 Erhebung Hitlers zur eigenen und obersten Rechtsinstanz, „Gleichschaltung“ der Judikative
- 2.8.1934 Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch Hitler unter dem Titel „Führer und Reichskanzler“, Vereidigung der Reichswehr auf Hitler persönlich statt auf die Verfassung.

Damit war die Gewaltenteilung aufgehoben und die Diktatur konstitutionell etabliert.

Innerhalb der NS-Organisationen galt das hierarchische Führerprinzip: Befehle nach unten, Gehorsam nach oben. Die Jugendorganisation der HJ (und BDM, Mitgliedschaft für alle zwischen 10 und 18 Jahren seit 1939 verbindlich) erfasste die Jugendlichen mit paramilitärischen Aktivitäten, die der „Gemeinschaftsaufgabe“ nach außen, der Kriegsertüchtigung, dienen sollten, und lockte sie mit Gemeinschaftserlebnissen. Eine andere Ausprägung der „Volksgemeinschaft“ ist die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die nach der Auflösung der Gewerkschaften und Betriebsräte den Zusammenschluss von Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten innerhalb der Betriebe darstellte. Vom

Zentralbüro hinunter zum Zellenblockwart straff gegliedert, war in ihr die „Betriebsgemeinschaft“ organisiert. Der „Führer des Betriebs“ leitete die „Gefolgschaft“. Die „Gemeinschaft“ äußerte sich auch in der Unterorganisation der DAF „Kraft durch Freude“ (KdF), die ein ansprechendes Freizeitprogramm anbot, Theateraufführungen, Filme, Ausstellungen, Sport, Tanz, Massentourismus und Weiterbildung. Gemäß der Ideologie sollte der Einzelne seine Individualität in der „Volksgemeinschaft“ verlieren, und diese war nach dem Führerprinzip ausgerichtet.

Die vulgärsozialdarwinistische Ideologie ging von einem Existenzkampf nicht nur unter Völkern aus und verlangte die Ausgrenzung und in letzter Konsequenz die Vernichtung von „Widersachern“. Deren rechtliche Grundlage wurde mit der Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28.2.1933 gelegt, mit der Grundrechte aufgehoben und die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner eingeleitet wurde. Sie richtete sich auch gegen als „rassisch minderwertig“ eingestufte Gruppen, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kriminelle, Zeugen Jehovas, geistig oder körperlich Behinderte, Obdachlose, deren ethnische Zugehörigkeit, Glaube, Eigenart oder Daseinsform biologisch erklärt wurden. Die Ausgrenzung gipfelte in der Einlieferung in ein Konzentrationslager, wobei man zwischen Arbeits- und Vernichtungslagern unterscheiden muss. Ab 1933 entstanden, waren sie der staatlichen Gerichtsbarkeit entzogen und Heinrich Himmler als dem Leiter der politischen Polizei und der SS unterstellt. In den Arbeitslagern arbeiteten die „Schutzhäftlinge“ für SS-Wirtschaftsunternehmen, wurden an Industriebetriebe ausgeliehen und waren Experimentierobjekte für Menschenversuche. Am schrecklichsten äußerte sich der nationalsozialistische Rassismus, der von der Notwendigkeit des Überlebenskampfes gegen „parasitäre Rassen“ überzeugt war, in den Vernichtungslagern. Seit Beginn des Russlandfeldzuges (22.6.1941) wurde in ihnen systematisch die fabrikartige Ausrottung der Juden durchgeführt. Der Grund war, dass man ihnen die Fähigkeit zur Bildung eines eigenen Staates absprach, aber das Streben nach Weltherrschaft durch eine „Unterwanderung“ der starken „Wirtsvölker“ bzw. durch die „bolschewistisch-jüdische Weltrevolution“ unterstellte. Mit diesen Maßnahmen erstrebte der NS-Staat die Schaffung einer „rassereinen“, homogenen, unüberwindlichen „Volksgemeinschaft“ des arischen „Herrenvolks“.

## 5. Aufgabe

Es handelt sich um eine, nicht farbig kopierte, Fotomontage von John Heartfield in der deutschsprachigen „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“, erschienen in Prag am 8.3.1934. Sie zeigt vier zu einem Hakenkreuz zusammengebundene Beile, deren Klängen bluttriefende Haken bilden. Da die Klängen breit und die Stiele kurz sind, könnte es sich um Henker- oder Schlachtbeile handeln. Dieses Kreuz füllt wie das Hakenkreuz der NSDAP auf Fahnen einen weißen Kreis mittig aus. Unter dem Kreis steht eine Unterschrift, mit der auf einen Ausspruch Bismarcks angespielt wird. Deren Schlussmetapher „Eisen und Blut“ ist herausgelöst und in umgekehrter Reihenfolge als „alter Wahlspruch im „neuen“ Reich“ präsentiert. Das Hakenkreuz erscheint in der Montage als Symbol der Gewalttätigkeit des NS-Staates. Die von den Nationalsozialisten behauptete Kontinuität zur kaiserlichen Vergangenheit (vgl. den „Tag von Potsdam“ vom 21.3.1933) wird als zynische Verhüllung der brutalen Realität entlarvt. Bemerkenswert ist der frühe Zeitpunkt, zu dem Heartfield den Charakter des Dritten Reiches erkannt hat.

## 6. Aufgabe

Um die These einer Kontinuität in Politik und Gesellschaft vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“ zu prüfen, kann man bezüglich der Gesellschaft bei deren Struktur den Unterschied feststellen, dass mit dem Fortschreiten der Industrialisierung (Hochindustrialisierung 1890-

1913) der Mittelstand und die Unterschicht fortschreitend weniger im primären Sektor und zunehmend im sekundären (Arbeiter, Angestellte, Facharbeiter) und bes. im tertiären (Dienstleistungen) Beschäftigung fanden. Die Elite setzte sich jedoch im „Dritten Reich“ aus denselben adeligen und militärischen Kreisen zusammen wie im Kaiserreich. Die NSDAP selbst war aber eine kleinbürgerliche Bewegung mit heftigen Ressentiments gegen die bürgerlich Arrivierten. Die Mentalität im Kaiserreich war zwar von Nationalismus und Militarismus geprägt, aber, bes. in der Epoche des Imperialismus auch von Leistungs- und Erfolgsstreben, vom Vertrauen auf die Möglichkeiten des Einzelnen. Die Milieus und die regionalen Besonderheiten waren stark ausgebildet. In der „Volksgemeinschaft“ des NS-Staates war dagegen der Druck der Uniformierung – im Doppelsinn von Gleichmachen und paramilitärischem Habitus – vorherrschend, der Einzelne wurde von Parteiorganisationen und Verbänden geschluckt. Milieu und Region verloren an Bedeutung. Der Nationalsozialismus war in seinen Methoden oft modern, s. die Propaganda oder die Rolle der Frau. Ideologisch auf Mutterschaft und Hausfrauendasein festgelegt, war sie im Arbeitsleben auf Dauer doch unverzichtbar.

Betrachtet man die Politik, so gibt es auch hier Argument für eine Kontinuität, doch auch Gegenargumente. Die Partizipationsmöglichkeiten waren im Kaiserreich, obwohl es keine Demokratie war, deutlich größer, s. Wahlrecht und Parteienpluralität. In der nationalsozialistischen Diktatur war eine politische Partizipation, die nicht im Sinne der Partei war, tödlich. Die Durchsetzung politischer Entscheidungen erfolgte im Kaiserreich nach den Verfassungsregeln, wenn der Kanzler dem Reichstag auch nicht verantwortlich war. Im NS-Staat traten der Reichstag und das 1938 zum letzten Mal tagende Kabinett nur als Akklamationsorgane auf. Im Kaiserreich herrschte Rechtsstaatlichkeit, die im NS-Staat mehr und mehr ausgehöhlt wurde. Im „Dritten Reich“ wurde der Staat zunehmend von der Partei ausgezehrt, die Willkürlichkeit von Hitlers Entscheidungen nahm zu. Auch im Sektor der Außenpolitik kann man nicht von Kontinuität sprechen. Zwar betrieb Wilhelm II. eine provokante, wichtigtuerische und das Risiko eines Kriegs leichtfertig einkalkulierende Außenpolitik (Bismarck bekanntlich das Gegenteil davon), doch darf man diese nicht mit der konsequenten, ideologisch begründeten Gebietsarrondierung und Kriegseinleitung Hitlers gleichsetzen.

Bei dieser, unvollständigen, Überprüfung der Kontinuitätsthese ergibt sich folgender Befund: Zwar gibt es einzelne Verbindungslinien, vor allem im gesellschaftlichen Bereich, doch überwiegen die Unterschiede so stark, dass man meiner Ansicht nach nicht von einer Kontinuität zwischen Kaiserreich und NS-Staat sprechen kann.

## **Aufgabe II**

### **1. Aufgabe**

Karl Herold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, stellt in einem Vortrag am 18.4.1970 folgende Ziele der Außen- und der Deutschlandpolitik der neuen sozialliberalen Koalition dar:

Außenpolitisch strebt die Bundesregierung langfristig eine Entspannung zwischen Ost und West an, sogar die Überwindung der Systemkonfrontation in Europa und eine dauerhafte Friedensregelung (vgl. Z. 27f).

Deutschlandpolitisch will sie die Kooperation zwischen der BRD und der DDR verstärken, wobei sie aber die „gesellschaftspolitische, ideenmäßige Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus nicht verwischen lassen“ (Z. 6f) möchte. Im Verhältnis zur DDR sollen die „Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts“ (Z. 19f) gelten, das bedeutet deren Anerkennung als gleichberechtigten Staats und „die Respektierung der beiderseitigen Grenzen“ (Z. 23f). Dennoch sieht der Redner beide Teilstaaten verpflichtet, die Einheit der

deutschen Nation zu wahren (vgl. Z. 12-14). Die Bundesregierung will die „Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands im Interesse der Menschen in Deutschland“ (Z. 29f) intensivieren.

Zur Verwirklichung dieser sozialliberalen Entspannungspolitik führe die Regierung Gespräche mit der SU, Polen und der DDR mit dem Ziel von Vereinbarungen (vgl. Z. 8-11, 24-26).

## 2. Aufgabe

Bis 1969 war die Deutschlandpolitik der BRD von der Zielsetzung des ersten Kanzlers bestimmt, aus einer Position der Stärke heraus die Wiedervereinigung zu erreichen. Deshalb hatte Adenauer die Westintegration der BRD und ihre Wiederbewaffnung vollzogen. Das Verhältnis zur DDR wurde bis ca. 1970 von der Hallstein-Doktrin geprägt (benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein):

- Alleinvertretungsanspruch der BRD für Gesamtdeutschland
- keine Beziehungen zu einem Staat, der die DDR völkerrechtlich anerkennt.

Tatsächlich unterhielt die BRD bis 1970 mit keinem Ostblockstaat außer der UdSSR diplomatische Beziehungen. Doch die sozialliberale Koalition (1969-1982) nahm einen Kurswechsel in der Deutschland- und Ostpolitik der BRD vor mit den, in M1 beschriebenen, Zielen:

- Verbesserung des Verhältnisses zur DDR
- Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten.

Dazu schloss sie folgende Verträge:

- 1970 Moskauer Vertrag : BRD und UdSSR anerkennen alle in Europa bestehenden Grenzen
- 1970 Warschauer Vertrag: BRD erkennt die polnische Westgrenze an
- 1972 Grundlagenvertrag: BRD und DDR erkennen einander gegenseitig faktisch, nicht völkerrechtlich, an.

Zu dieser Normalisierung gehört auch das Viermächteabkommen (1971), durch das Westberlinern und Westdeutschen der Transitverkehr sowie Reisen in die DDR und nach Ostberlin erlaubt wurden.

Diese Entspannung wurde durch eine Veränderung der internationalen Lage ermöglicht. Mit der Wahl von Nikita Chruschtschow zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU (Sept. 1953) wurde Stalins aggressive Zwei-Welten-Theorie (6.2.1946 zuerst verkündet) von der Strategie der „friedlichen Koexistenz“ der Blöcke abgelöst. Staat in direkter militärischer Konfrontation sollte der Kampf der „Systeme“ jedoch im Bereich des Wettrüstens, durch wirtschaftlichen Wettbewerb und die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in den Kolonien durch die UdSSR fortgeführt werden. Chruschtschows Nachfolger Leonid Breschnew (1964-1982) setzte zunächst diese Entspannungspolitik gegenüber dem Westen fort. Innerhalb der Staaten des Warschauer Pakts beanspruchte und praktizierte die UdSSR die Vorherrschaft (Breschnew-Doktrin, 12.11.1968).

Auch in den USA ging man von der Konfrontation („containment“, „roll back“) zur Entspannung über. Der demokratische Präsident John Kennedy (1961-1963) erhöhte zwar den Etat für Raketen, Raumfahrt und Rüstung, aber auch für Entwicklungshilfe. Trotz des Baus der Berliner Mauer 1961 und der Kuba-Krise 1962, in der es beinahe zu einer militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten gekommen wäre, und des Vietnamkriegs (1954-1975) fanden Abrüstungsverhandlungen statt. 1969 wurden die SALT I-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR eröffnet und 1972 erfolgreich abgeschlossen. 1969 begannen die USA mit dem Abzug ihrer Truppen aus Vietnam, 1973 stellten sie ihre Intervention offiziell ein (Pariser Friedensverträge). Die Domino-Theorie der Regierung Johnson (Lyndon Johnson, Demokrat, Präsident 1963-1969)

- die Vorstellung, dass der „Fall“ eines Staates an den Kommunismus den „Fall“ seiner Nachbarländer nach sich ziehe; Motiv für das amerikanische Eingreifen in Vietnam –
- wurde von der Nixon-Doktrin (Richard Nixon, Republikaner, Präsident 1969-1974) abgelöst:
- Die USA unterstützen ihrer Verbündeten gegen den Kommunismus, verlangen aber von ihnen ein stärkeres eigenes Engagement.
- Das Konzept der Regierung Brandt/Scheel „Wandel durch Annäherung“ fügt sich also in den Zusammenhang der internationalen Politik ein.

### 3. Aufgabe

In M1 nennt der Redner zwei Ziele von Reformen im Inneren, „die soziale Gerechtigkeit und den Freiheitsraum des einzelnen (zu) erweitern“ (Z. 3).

*Hier hängt es vom Unterricht bzw. Vorwissen des Prüflings ab, welche Maßnahmen der sozialliberalen Regierung angesprochen werden.*

Bezüglich der innenpolitischen Liberalisierung können genannt werden:

- 1970 Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre
- Bildungsreform mit dem Anspruch, die Bildungschancen für Kinder aus sozial schwachen Schichten zu erhöhen (Einführung der reformierten Oberstufe, der Gesamtschule, von BAföG)
- Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung durch ein reformiertes Betriebsverfassungsgesetz
- Verbesserung der rechtlichen Stellung der Frau (Einführung des Prinzips der Gleichberechtigung, bei Scheidung Schuldfrage irrelevant)
- Liberalisierung des Strafrechts (Prinzip der Resozialisierung statt des von Schuld und Sühne)

Diese Maßnahmen passten zu Brandts Regierungsprogramm von 1969 „Mehr Demokratie wagen“.

Dem Ausbau des Sozialstaats sollten u. a. die Rentenreform und die Ausweitung der Sozialleistungen dienen. Deren Kosten, die steigende Inflation und die Wirtschaftskrise 1973 (ausgelöst durch die Drosselung der Erdölförderung durch die OPEC-Staaten und den Anstieg des Ölpreises um 300%) sowie der Widerstand des konservativen Lagers bes. gegen die Ostpolitik führten 1974 zum Rücktritt Brandts. Ausgelöst wurde er durch den Spionage-Skandal um Günter Guillaume, einen engen Mitarbeiter Brandts. Ohne Neuwahlen folgte ihm Helmut Schmidt (SPD, 1974-1982) als Kanzler nach, der sich um die Stabilisierung der Wirtschaft bemühte.

So kann man der Regierung Brandt/Scheel sicher im Bereich der gesellschaftspolitischen Liberalisierung Erfolge zusprechen, weniger im ökonomischen Bereich.

### 4. Aufgabe

a) M2a:

Die Karikatur aus der Hamburger Tageszeitung „Die Welt“ von 1979 thematisiert die Feiern zum 30jährigen Bestehen der DDR. Sie zeigt die Front eines Gefängnisses mit vergitterten Fenstern, die von drei Häftlingen mit Girlanden und einem Transparent geschmückt wird. Sie werden über dem mittig gezeichneten großen Eisengitter mittels zweier Leitern angebracht. In der Mitte über dem Gitter befindet sich schon die Zahl 30, in der Null steckt das Staatssymbol Hammer und Zirkel. Auf dem aufzuhängenden Transparent steht: Jahre DDR, wobei „DDR“ von einem Strahlenkranz umgeben ist. Zwei weitere Häftlinge streichen das Eisengitter. Im Vordergrund vollzieht sich ein Wachtwechsel im Stechschritt; in der linken

unteren Ecke beobachtet ein dritter Wachsoldat die Arbeit der Gefangenen. Die Bildunterschrift enthält eine Propagandaphrase mit Bezug zum Jubiläum. Die Karikatur zeigt, aus westlicher Sicht, die DDR als Gefängnis, in dem fundamentale Bürgerrechte verweigert werden. Die Vergitterung symbolisiert das Grenzsystem, das den DDR-Bürgern die Freizügigkeit raubt. Die Menschen feiern den Bestand ihres Staates nicht freudig und aus freien Stücken, sondern unter staatlichem Zwang und in permanenter Überwachung. Diese Kluft zwischen Anspruch des Regimes und Realität ironisiert der Karikaturist Hicks mit der Bildunterschrift.

b) M2b:

Joachim Gauck legt essayistisch dar, wie der Mauerbau die Einstellung der DDR-Bürger zu ihrem Staat verändert habe. Nachdem Hilfe vom Westen ausgeblieben sei, seien Eigenständigkeit und politische Opposition zur Sache von Minderheiten geworden (Z. 1-10). Dagegen habe die Masse einen Minimalkonsens und eine Mindestloyalität entwickelt, „ein Eingehen auf die Ratio der Herrschenden und eine stärkere Berücksichtigung der Logik des Faktischen“ (Z. 12f). Gauck bezeichnet diese Anpassung der breiten Mehrheit als „Selbstentmächtigung durch „höhere“ Einsicht“, beglaubigt durch „tradierte Wertvorstellungen“ (Z. 13f). Damit spielt er auf das obrigkeitliche Erbe der Kaiserzeit und die Prägung durch die Hitler-Diktatur an. Diese Akzeptanz des SED-Regimes habe sich schleichend zum Mitmachen und gar zum Mitverantworten gesteigert (Z. 14-16). Damit ist Gaucks Bild von der Haltung seiner Landsleute zur DDR differenzierter und auch negativer als das von Hicks. Das erklärt sich nur zum Teil aus den unterschiedlichen Genres und dem Zeitunterschied (plakative Karikatur aus einer scheinbar stabilen Phase, reflektierender Rückblick). Die eigene Erfahrung und die ethisch fundierte Reflektiertheit des Pfarrers ermöglichen ihm eine tiefere Einsicht. Gemeinsam ist aber beiden die Beurteilung der DDR als einer Diktatur, deren Bürger sich einem repressiven Regime unterordnen.

## 5. Aufgabe

*Die sehr offene Aufgabenstellung verlangt, dass die Schüler Formen unangepassten Verhaltens und politischer Opposition in beiden deutschen Staaten darlegen und deren Auswirkungen beurteilen.*

Für die BRD seien diese Beispiele genannt:

- Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung
- Rock'n'Roll-Bewegung
- 68-Revolution
- Terror der RAF
- Bürgerinitiativen
- Ökologie- und Friedensbewegung
- Frauenbewegung.

Für die DDR könnten z. B. thematisiert werden:

- Volksaufstand vom 17. Juni 1953
- Fluchtbewegung
- jugendliche Subkulturen
- Rückzug in die Nischengesellschaft
- Menschenrechtsbewegungen im Kontext des KSZE-Prozesses
- Friedens- und Ökologiebewegung unter dem Dach der evangelischen Kirche.

*Die Qualität der Beiträge hängt von Anzahl bzw. Gründlichkeit der Darlegung der vorgebrachten Widerstandsformen ab. Bei der Beurteilung muss erkennbar sein, dass ein demokratischer Staat mit Protest grundlegend anders umgeht als eine Diktatur. Das Ausreisen war in der BRD stets erlaubt.*

Die hier abgedruckten Lösungsvorschläge sind **nicht** die amtlichen Lösungen des zuständigen Kultusministeriums.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, vorbehaltlich der Rechte die sich aus den Schranken des UrhG ergeben, nicht gestattet.

© Dudenverlag, Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, Mannheim 2008

Redaktionelle Leitung: Simone Senk

Redaktion: Christa Becker

Autorin: Krista Düppengießler